

KEINE LÖSUNG: TURNHALLEN

Sporthallen sind als Unterkünfte für schutzsuchende Menschen nicht geeignet. Um Obdachlosigkeit zu vermeiden, werden sie jedoch auch in Berlin als Notunterkünfte genutzt. Von 1080 vorhandenen Turnhallen sind es zurzeit rund sechzig. Das hat in erster Linie Auswirkungen auf den Schulsport, aber auch auf den Vereins- und Leistungssport. Die Beschlagnehmung verlief kommunikativ und inhaltlich ungesteuert und verursachte viel Unmut. Ohne freiwillige Helferinnen und Helfer, auch aus dem Sport, hätte die Umnutzung nicht geklappt. Wir kritisieren die Unterbringung in Turnhallen, bringt sie doch für alle Betroffenen – vor allem für die dort oft monatelang lebenden Refugees, aber auch für die Sporttreibenden – Härten mit sich. Nunmehr gilt es, diese Situation endlich zu beenden und die Geflüchteten in menschenwürdige Unterkünfte zu bringen. Das ist eine Herausforderung für unsere Stadt, der wir uns stellen, auch, indem wir alternative Wohnmöglichkeiten benannt haben.

Für die Sportverwaltung gilt es schon heute, Perspektiven für die Wiederinstandsetzung der Hallen für sportliche Nutzung zu planen. Wir haben dafür ein verbindliches Konzept und die Kalkulation der Kosten gefordert. Bleibt zu hoffen, dass dieses besser gelingt als die Beschlagnehmung der Sporthallen.

Gabriele Hiller

Sportpolitische Sprecherin
hiller@linksfraktion.berlin

Frage man einhundert Menschen, wie sie die „Berliner Mitte“ finden, bekäme man vielleicht einhundert verschiedene Antworten. So ist das im Leben. Trotzdem ist es möglich, den Freiraum zwischen Spree und Alexanderplatz so zu gestalten, dass Menschen gern dort leben oder sich aufhalten. Und es ist möglich, einen Konsens dafür zu finden. Im „Dialogverfahren“ der vergangenen Monate hat sich gezeigt: Eine Mehrheit möchte, dass der Freiraum bleibt. Eine Minderheit ist für Hochhäuser in Kombination mit der Wiederbelebung einer historisierenden Idee. Ehe nun nach der Debatte alle wieder für Jahre in den Winterschlaf fallen, sollte etwas passieren. Der

FRAUEN SICHERHEIT GEBEN

Vielfältige Anforderungen an eine weibliche Flüchtlingspolitik

Etwa ein Drittel der Menschen, die 2014 in Deutschland einen Asylantrag gestellt hat, war weiblich. Doch die Flüchtlingspolitik ist überwiegend auf die Bedürfnisse von Männern ausgerichtet. Das gilt sowohl für die Unterbringung als auch die gesellschaftliche Integration. Frauenspezifische Flucht- und Asylgründe haben lange keine Rolle gespielt. Erst 2005 wurde die geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkannt. Allerdings ist das in der Praxis für die betroffenen Frauen oft schwer nachweisbar. Diese Blindheit gegenüber geschlechtsspezifischen Fluchtursachen hat gerade jetzt fatale Konsequenzen. Geflüchtete Frauen sind in Flüchtlingsunterkünften oft nicht vor männlicher Dominanz und sexueller Gewalt geschützt.

Für den Berliner Senat besteht hier dringender Handlungsbedarf. Die Betreiber von Sammelunterkünften müssen dazu verpflichtet werden, die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Frauen sich sicher fühlen und ihre Privatsphäre geschützt ist. Dafür müssen geschlechtergetrennte und abschließbare Sanitär- und Duschanlagen sowie Aufenthaltsräume für Frauen eingerichtet werden. Das sollte als Mindeststandard für alle Flüchtlingsunterkünfte gelten. Auch das Personal braucht Schulungen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Fragen sowie sexueller Ge-



Setzen sich für Geflüchtete ein: Evrim Sommer und Klaus Lederer. Foto: Ben Gross

walt. Geflüchtete Frauen benötigen Ansprechpartnerinnen in den Unterkünften, die sie über spezielle Beratungs- und Schutzangebote informieren. Außerdem muss ihnen der Zugang zu Familien- und Schwangerschaftsberatungsstellen geöffnet werden. Die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln ist ebenso wichtig wie die Hebammenbetreuung und eine familienfreundliche Unter-

bringung. Traumatisierte Frauen benötigen zudem eine spezielle medizinische und psychosoziale Versorgung. Nicht zuletzt aber brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für das Thema: Wir brauchen eine weibliche Flüchtlingspolitik!

Evrim Sommer

Frauenpolitische Sprecherin
sommer@linksfraktion.berlin

NUN SOLLTE WAS PASSIEREN

Freiräume in der Mitte Berlins erhalten und pflegen

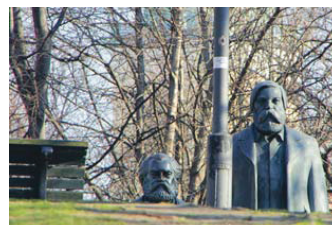


Foto: Clara Fied

kleine Volkspark in der „Berliner Mitte“ braucht vorerst nichts anderes zu sein als eine große, schöne, gut gepflegte Wiese. Mit Bäumen, Blumen und ohne Schilder, auf denen „Betreten der Grünanlagen verboten“ steht. Es gibt viele Berlinerrinnen und Berliner, die solchen Freiraum schätzen und zu nutzen

wissen. Familien mit Kindern ebenso wie die ältere Frau, die vielleicht nicht mehr so gut zu Fuß ist, oder die Obdachlosen, die sich morgens auf einer Parkbank treffen. Ich meine die Flüchtlinge, die nicht arbeiten können, weil ihnen dafür die Erlaubnis fehlt, oder die Geschäftsleute, die nur eine halbe Stunde Mit-

tagspause haben. Die „Berliner Mitte“ soll für alle da sein, dazu muss die Aufenthaltsqualität besser werden. Es braucht öffentliche Toiletten und Parkbänke, auf denen man gut sitzt, ausreichend Müllbehälter und Möglichkeiten, um ein Fahrrad anzuschließen. Dazu gehört, dass die Grünflächen gepflegt werden und natürlich auch ein schönes gastronomisches Angebot. Gerade auf dem Alexanderplatz ist in den vergangenen Jahren viel passiert, was ihn nicht besser und schöner gemacht hat. Wenn diese Regierung nicht mehr damit anfangen will, das zu ändern, sollte es die nächste tun.

Carola Bluhm

Mitglied im Hauptausschuss
bluhm@linksfraktion.berlin